

# ABGEORDNETEN-BRIEF

## Volkmar Halbleib

für Mainfranken im Bayerischen Landtag

28. Ausgabe | Juli 2018

Liebe Leserinnen und Leser,  
am 14. Oktober ist es so weit: Auch in Unterfranken sind wir an die Wahlurnen gerufen, um den neuen Land- und Bezirkstag zu wählen.

In einer Zeit, in der selbst belegte Fakten keine Chance haben, gegen diffuse Angstgefühle anzukommen in einer politischen Stimmungslage, in der oftmals diejenigen viel zu viel Gehör bekommen, die lauthals schnelle Antworten und Lösungen versprechen, die noch nicht mal ansatzweise der Realität standhalten, in der Lüge und schamloser Populismus an der Tagesordnung zu sein scheinen, setzt die BayernSPD in der politischen Auseinandersetzung mit Natascha Kohnen, der Spitzenkandidatin für die Landtagswahl, dem unlauteren Getöse einen positiven Trend entgegen. Anstand und Haltung sind die Markenzeichen ihres Politikstils und ihrer Inhalte. Unaufgeregt, aber mit deutlichen Worten benennen wir die Probleme im Freistaat – von der akuten Wohnungsnot und zunehmender Altersarmut über fehlende Konzepte für Familienpolitik und Integration bis hin zu demokratie- und europafeindlichen Tendenzen. Wir setzen uns dafür ein, dass alle Menschen in Bayern die gleichen Chancen bekommen an der boomenden Wirtschaft teilzuhaben, dass Bildung und soziale Absicherung jedermann offenstehen und wir in einem starken Europa Freiheit, Demokratie und Menschenrechte für alle bewahren.

Mit Ihren beiden Stimmen für die SPD tragen Sie am 14. Oktober dazu bei, dass Politik mit Anstand und Haltung gelenkt wird.

Mit freundlichen Grüßen,



Volkmar Halbleib



### INHALTE:

- Veranstaltung zu Strabs
- Schulbetreuung
- Besuch der Verkehrspolizei
- Unterwegs vor Ort
- KohnenPLUS
- Kommunaler Finanzausgleich
- Aktion gegen das PAGs
- Unterwegs in Europa

GBW-SPEZIAL

## STRAßENAUSBAUBEITRAGSSATZUNGEN (STRABS): UNGERECHTE ÜBERGANGSLÖSUNGEN



*Diskussion in Hettstadt mit Bürgern und Kommunalpolitikern über die Folgen der Abschaffung der Straßenausbaubeiträge.*

Die Straßenausbaubeitragssatzungen (Strabs) sind in Bayern Geschichte. Am Tag nach der Entscheidung des Bayerischen Landtags, die Anwohnerbeteiligung bei der Finanzierung von kommunalen Straßensanierungen abzuschaffen, informierten Klaus Adelt und ich am 15. Juni im Gasthaus „La Corona“ in Hettstadt über die Konsequenzen der neuen Rechtslage.

Abgeschafft wurden die Strabs, weil zu viele Probleme damit verbunden waren. Sei es die Ungerechtigkeit, dass in Unterfranken rund 97 Prozent der Kommunen, entsprechende Satzungen hatten, in Niederbayern nicht einmal 40 Prozent. Viel Streit gab es auch über die Einstufung der Straßen als Anlieger- oder Durchfahrtsstraße. Daraus errechnete sich der auf die Anlieger entfallende Prozentanteil. Auch über notwendige Standards bei der Sa-

nierung gab es zwischen Kommune und betroffenen Bürgern oftmals sehr unterschiedliche Ansichten.

Erst vor zwei Jahren hatte der Landtag auf Vorschlag der SPD-Landtagsfraktion die Möglichkeit wiederkehrender Beiträge beschlossen. Leider nutzten gerade mal zwei von 2.200 Kommunen in Bayern, diese neue Möglichkeit.

Mit der jetzt erfolgten Abschaffung und dem von der CSU durchgesetzten Stichtag treten wieder neue Ungerechtigkeiten zutage. Alle Bürger, die vor dem Jahreswechsel 2017/ 2018 ihre Bescheide erhalten haben, müssen zahlen, die anderen Nutznießer der Straße können sich die Kosten sparen.

Auch in Hettstadt gibt es durch den Stichtag Übergangsprobleme. So sind die Bürger in der Martinstraße, die am 1. Dezember 2017 ihre Vorausleistungsbe-

scheide erhalten haben, zahlungspflichtig. Die Bürger an den anstehenden Sanierungsstraßen müssen sich an der Sanierung mit keinen Cent beteiligen. In der Würzburger Eichhornstraße sorgt der Stichtag dafür, dass ein Teil zur Kasse gebeten wird, die Nachbarn in der gleichen Straße nicht. Um sich gegen diese ungleiche Behandlung zu wehren, bleibt den Betroffenen wohl nur der Weg übers Verwaltungsgericht.

Ein Finanzierungsproblem stellt sich den Kommunen. 65 Millionen Euro hat die CSU-Fraktion als Ersatz der Ausbaubeiträge für alle bayerischen Kommunen vorgesehen, die eine Strabs hatten. Die Höhe errechnet sich aus der Summe der in den letzten Jahren jährlich erhobenen

Anliegerbeiträge. Eine ungeeignete Bemessungsgrundlage. Denn die Schwierigkeiten mit der Strabs sorgten in den letzten Jahren für einen immensen Sanierungsstau. Adelt rechnet vor, dass der Betrag dazu führt, dass eine Kommune mit 20.000 Einwohnern und rund 80 Quadratkilometern Gesamtfläche pro Jahr bis zu 65.000 Euro vom Freistaat für die kommunale Straßensanierung zusätzlich erhalte. „Das reicht hinten und vorne nicht“, urteilten die anwesenden Bürgermeister einmütig. Deshalb fordert die SPD mindestens 150 Millionen staatliche Zuschüsse pro Jahr für die Kommunen.



*Zusammen mit dem SPD-Ortsverein Hettstadt beim Rundgang durch Hettstadt.*

## SCHULKINDERBETREUUNG: WIR MÜSSEN DIE RAHMENBEDINGUNGEN VERBESSERN

Qualität und ausreichende Plätze in der Kinderbetreuung sind die wichtigste Unterstützung für junge Familien. In Waldbüttelbrunn informierte ich mich, begleitet von Bürgermeister Klaus Schmidt (SPD), über den Stand der Schulkinderbetreuung dort und die Aufgaben des Familienstützpunktes.

Die Mittagsbetreuung der Grundschule ist mit die älteste im Landkreis, berichtete Leiterin Monika Fuchsberger vom Träger, der AWO Unterfranken. Seit 20 Jahren ist sie für Erst- bis Viertklässler geöffnet, montags bis freitags bis maximal 16 Uhr. Fuchsberger zeigte sich sehr zufrieden über die Raumsituation in der Grundschule und die Zusammenarbeit mit der Kommune als Schulträger.

Räumlich beengt sind allerdings derzeit die Bedingungen für die offene Ganztagschule (OGTS) für die Älteren, untergebracht direkt an der Verbandsschule. Nachgebessert wird bei der Ausstattung des Raumes, versprach Bürgermeister Schmidt Murat Sunbat, dem Personalver-

antwortlichen des regionalen Trägers gfi (Gesellschaft zur Förderung beruflicher und sozialer Integration).

Anders als die Mittagsbetreuung ist die kostenfreie OGTS nur von Montag bis Donnerstag geöffnet. Dass der Freitag durch die Landesregierung ausgeschlossen wurde, ist für niemanden nachvollziehbar. Hier sollte der Freistaat konzeptionell dringend nachbessern.

Überdenken sollte Bayern auch die strikte Anwesenheitspflicht in der OGTS und deren Pendant, der OGS (offene Ganztagschule an der Grundschule). Weitere Forderungen waren: Die tägliche Betreuungszeit bei Bedarf bis 17 Uhr zu verlängern und Änderungen bei den Betreuungstagen auch unterm Jahr zuzulassen.

Familienstützpunkte als niederschwelliges, präventives Angebot für Familienunterstützung und Familienbildung sollte es möglichst flächendeckend geben, wünschte sich die Verantwortliche Anja Kulczynski.



Die Kinder der AWO-Mittagsbetreuung freuten sich über den Besuch meiner (Bildmitte). Monika Fuchsberger (von rechts), Anja Kulczynski und Klaus Schmidt sowie Murat Sunbat (nicht im Bild) forderten bessere Rahmenbedingungen für die Schulkinderbetreuung.

## VERKEHRSPOLIZEIINSPEKTION MIT FAMILIENFREUNDLICHEN ARBEITSZEITEN



*Dienststellenleiter Willmut Hornung (links) empfing Vertreter verschiedener SPD-Arbeitsgemeinschaften zum Informationsaustausch gemeinsam mit mir bei der VPI Biebelried in Dettelbach.*

Dass es bei der Verkehrspolizeiinspektion (VPI) gute Chancen auf familiengerechte Arbeitszeiten gibt, war die überraschende Erkenntnis beim Besuch verschiedener SPD-Arbeitskreise bei der VPI Biebelried in Dettelbach zu dem Willmut Hornung, seit Januar neuer Dienststellenleiter, Willkommen hieß.

138 Stellen gehören zur Dienststelle, so Hornung, die verfügbare Personalstärke liege aber nur bei 113 – wegen Fortbildungen, Elternzeit und anderen Gründen (z.B. Krankheit). Bei der Koordination der Arbeit gilt für den Chef die Prämisse: „Der Verkehr auf der Autobahn muss rollen.“ Fehlen Personalkapazitäten, konzentrierte man sich allein darauf. Mittlerweile sind 25 bis 30 Prozent der Einstellenden weiblich. Trotz aller Bemühungen vermisst man Frauen in der Leitungsebene weitgehend. Deren Bereitschaft neben der Familienarbeit Leitungsaufgaben zu übernehmen, sei eher gering, so Hornung.

Verbesserungen wünscht sich die VPI Biebelried vor allem bei den Gebäuden. Der notwendige Ausbau der holzverkleideten

Container wurde vor kurzem auf ungewisse Zeit verschoben. Sorgen bereitet auch das Führerscheinform: Durch die neuen Führerscheinklassen haben viele junge Polizisten keine Fahrberechtigung für die Spezialfahrzeuge.

Stetige Herausforderung sei der Autobahnausbau und die vielen Baustellen-Unfälle. Unter anderem spricht sich Hornung klar für ein Tempolimit von 130 Stundenkilometern auf Autobahnen aus, so Hornung. Weitere Themen seien zunehmende Drogendelikte im Verkehr, fehlende Rastplätze für LKW-Fahrer und verkehrsfremdes Verhalten (Kaffee-Kochen, Video-Schauen oder Handynutzung) während der Fahrt.

Hintergrund

Die VPI Biebelried in Dettelbach ist als fünfgrößte Verkehrsdienststelle Bayerns zuständig für insgesamt 144 Autobahnkilometer (A3, A7 und A81, Würzburg/Kitzingen, bis zur Landesgrenze Baden-Württemberg) sowie vier Tankrastanlagen und drei Autohöfe und damit bis zu 95.000 Fahrzeuge täglich.

## BRATWURSTFEST IN OCHSENFURT

Zusammen mit meinem Ortsverein, der SPD Ochsenfurt war ich am "Ochsenfurter Nationalfeiertag" auf dem Bratwurstfest meiner Heimatstadt. Hier kommt Pflicht und Kür zusammen! Wie immer eine tolles Fest organisiert durch den Volkstrachtenverein Ochsenfurt!



## 150-JÄHRIGES JUBILÄUM DER OCHSENFURTER FEUERWEHR

Stolzer Schirmherr war ich beim 150. Gründungsjubiläum der Freiwilligen Feuerwehr Ochsenfurt! Auf dem Bild bin ich mit der neugegründeten Kinder-Feuerwehr vor dem großen Festzug durch die Stadt zu sehen! Nochmals Herzlichen Glückwunsch an die FFW Ochsenfurt! Ihr leistet eine tolle Arbeit! Danke!



## ZU BESUCH AM CARITASSTAND AUF DEM UMSONST-UND-DRAUßEN



„Jeder Mensch braucht ein Zuhause“ – mit diesem Thema setzt sich die Caritas dafür ein, dass es allen Mitbürgerinnen und Mitbürgern möglich sein muss, angemessenen und bezahlbaren Wohnraum zu finden. Auf dieses Thema in der Region Würzburg aufmerksam machen und gemeinsam mit Politik und Betroffenen über Lösungen zu sprechen, wollte der Stand auf dem Umsonst und Draußen Festival auf den Würzburger Mainwiesen. Mit steigenden Mieten erleben Menschen zunehmend, dass allein ihr Geldbeutel entscheidet, in welchem Stadtviertel sie zuhause sein können. Polizisten, Krankenschwestern, Pfleger oder Erzieherinnen finden keine für sie bezahlbaren Wohnungen mehr. Manche Menschen müssen mehr als ein Drittel ihres Einkommens für die Miete ausgeben. Insofern greift die bestehende Wohnungsnot nachhaltig in das Leben von Familien, alten und einkommensschwachen Menschen oder Studenten ein.

## ALS WOHNUNGSPOLITISCHER SPRECHER UNTERWEGS

"Alle kommunalen und staatlichen Stellen müssen ihre Möglichkeiten zur Schaffung von Wohnraum ausschöpfen. Gemeinden, Landkreis und Freistaat müssen handeln." Den Worten, mit denen die Tegernseerstimme mich zitiert, ist nichts hinzuzufügen. Wohnen ist aktuell das Topthema. Ein erfolgreicher Wirtschaftsstandort braucht Facharbeiter, Handwerker und Angestellte - und deren Familien ein bezahlbares Dach über dem Kopf.

## ORTSTERMIN WEGEN DES RADWEGES REICHENBERG-HEIDINGSFELD

Wie kann die Radweg-Verbindung zwischen Reichenberg und Heidingsfeld durchgehend verbessert werden? Diese Frage stand im Mittelpunkt einer sehr gut besuchten Radtour mit anschließendem Informationsgespräch der SPD Reichenberg im Sportheim.



Unser Bild auf der Strecke zeigt um mich herum Bürgermeister Stefan Hemmerich, Initiator Gerhard Hartmann, den Würzburger SPD-Stadtrat Udo Feldinger und Ortsvereinsvorsitzenden Rainer Popp.

## WAHL ZUM VORSITZENDEN DER SPD WÜRZBURG-LAND



Zusammen mit Anna Strvtecky (stv. Vorsitzende), Abdu Bilican (stv. Vorsitzende), Christine Haupt-Kreuzer (stv. Vorsitzende), Harald Schmid (Kassier) und Richard Brand (Schiffsführer) freue ich mich auf die nächsten zwei Jahre als Vorsitzender der Landkreis-SPD.

Ich freue mich über 96 Prozent Zustimmung bei meiner Wiederwahl als Vorsitzender der SPD Würzburg-Land. Vielen Dank für das große Vertrauen! Gemeinsam mit dem starken neuen Vorstandsteam stehen uns drei wichtige Wahlen bevor - die Landtagswahl im Oktober, nächstes Jahr die Europawahl und im Jahr 2020 die Kommunalwahl. Wir werden um jede Stimme kämpfen!



Wir unterstützen Kerstin Westphal beim nächstjährigen Europawahlkampf - zusammen mit dem Eibelstädter Altbürgermeister Heinz Koch und der stellvertretenden Landrätin Christine Haupt-Kreuzer

## NATASCHA KOHNEN: LIEBER ZUHÖREN STATT ZU POLEMISIEREN

Mit den Menschen reden, sei die wichtigste Aufgabe in der Politik, betonte Natascha Kohnen am 11. Mai in Veitshöchheim. Mit dem Veranstaltungsformat KohnenPlus nimmt sie sich genau dafür die Zeit. Ihr Konzept: Mit den Leuten über den Alltag zu sprechen, erfahren, was sie beschäftigt, erfreut oder bedrückt.

In den Mainfrankensälen diskutierte die bayerische SPD-Spitzenkandidatin mit Bernhard Schlereth, dem Präsidenten des Fastnacht-Verbandes Franken. Nach 15 Jahren an der Spitze bereitet Schlereth, Sozialdemokrat aus Überzeugung, derzeit seinen schrittweisen Rückzug aus dem Amt vor. Kohnen sprach mit ihm über Freude und Leiden des Ehrenamts, den Weg in die Politik, die Verrohung der Gesellschaft, klare Worte im Einsatz für die Demokratie, Vorbilder für die Jugend,

Fluch und Segen der Digitalisierung, deutsche Regelungswut oder die Bedeutung der Fastnacht.

Kohnens Rezept gegen Enthemmung und Verrohung: „Zuhören und die Menschen zueinander führen statt zu polarisieren“ aber auch: „Nicht mit Nebenthemen ablenken von wichtigen Dingen, wie etwa der Tatsache, dass jedes fünfte Kind in Schweinfurt von Armut bedroht und für viele Menschen im Freistaat Wohnen nicht mehr bezahlbar ist.“

Die Fragen aus dem Kreis der Gäste drehten sich um den Klimawandel, sinnvolle Hilfen für Familien, Verbesserung in der Pflege und lautstärkeres Auftreten der SPD. Gegen deutliche Worte habe sie nichts, so Kohnen, gegen Populismus schon: „Die Demokratie zerfällt bei Populismus. Politik geht auch sachlich.“



Zusammen mit Natascha Kohnen und Bernhard Schlereth nach der Diskussion in den Mainfrankensälen Veitshöchheim



## PERSONALMANGEL BEI DER POLIZEI



*Der rege Austausch mit den Polizeiinspektionen vor Ort ist mir sehr wichtig. Beim Polizeitag 2018 besuchte ich daher mit der Bezirkstagskandidatin Astrid Glos und dem Landtagskandidaten Dr. Jürgen Kößler die Polizeiinspektion Kitzingen und sprach mit den Beamten über ihre Anliegen, Probleme und Forderungen.*

Wie sich aus der Antwort des Bayerischen Innenministeriums auf eine Anfrage der SPD-Landtagsfraktion ergibt, sind die Polizeiinspektion (PI) Kitzingen und die Verkehrspolizeiinspektion (VPI) Würzburg-Biebelried permanent personell unterbesetzt. In der PI Kitzingen leisten statt der Soll-Stärke von 103 Beamten aktuell nur 94 Beamte Dienst. In der VPI Würzburg-Biebelried sind von 138 Stellen 113 besetzt, 25 Beamte fehlen (am 1. Januar 2018). Entgegen der vollmundigen Ankündigungen der Staatsregierung, hat sich die Situation an den Polizeiinspektionen im Freistaat Bayern nicht verbessert, auch nicht in der Region.

Im Gegenteil: Die Situation hat sich verschlechtert: Während es 2015 in ganz Bayern eine Unterbesetzung von 2.472 Stellen gab (9,03 Prozent), waren es 2016 schon 2.545 (9,10 Prozent) und 2017 sogar 2.691 Stellen (9,73 Prozent) für den

Dienst nicht verfügbar.

Die SPD-Landtagsfraktion fordert seit langen Jahren vehement zusätzliche Stellen für die bayerische Polizei. Doch auch die jüngst angekündigte Personalaufstockung kann den Bedarf längst nicht decken. Ganz davon abgesehen, dass Besserung für die beiden Polizeiinspektionen Kitzingen und Biebelried frühestens im Jahr 2021 eintreten wird, so lange dauert die Ausbildung der jetzt eingestellten Polizeianwärter.

Polizeibedienstete sind enorm belastet. Bayernweit summieren sich die Überstunden auf einen Berg von fast zwei Millionen. Das ist untragbar. Wir wollen, dass die Beschäftigten der bayerischen Polizei unter besseren Bedingungen ihren enorm wichtigen Dienst für die Sicherheit der Bürger leisten können, machte sie ihre Überzeugung deutlich.

## DIGITALISIERUNG: SCHLECHTER STANDARD AN 73 PROZENT DER BAYERISCHEN SCHULEN

An fast drei Viertel der bayerischen Schulen stehen nur Internetgeschwindigkeiten von maximal 16 Megabits pro Sekunde zur Verfügung. Diese Bandbreiten sind für Unterricht in digitalen Klassenzimmern viel zu gering. Das räumt die Staatsregierung selbst ein. In einem Positionspapier des Bildungsministeriums heißt es, dass die verfügbare Internetbandbreite in Schulen „nicht weniger als 100 Megabits pro Sekunde betragen“ sollte. Diese Forderung erfüllen weniger als 13 Prozent der bayerischen Schulen. Im Landkreis Würzburg überspringen lediglich zwei Schulen die Hürde, in der Stadt Würzburg sind es elf. Das ist der

Antwort des Ministeriums auf eine Anfrage der SPD-Landtagsfraktion zu entnehmen.

Für mich ist klar: Schülerinnen und Schülern muss digitale Souveränität vermittelt werden. Sie müssen digitale Geräte bedienen, verstehen und sinnvoll einsetzen können. Und die Voraussetzung dafür ist schnelles Internet an der Schule. Außerdem brauchen die Schulen begleitend zur ausreichenden Technik auch mehr Lehrerinnen und Lehrer, die in Bezug auf die Digitalisierung und deren Einsatz im Unterricht besonders geschult sind.

## AKTION GEGEN DAS PAG

Mit einer Plakataktion verdeutlichten wir, die SPD-Landtagsfraktion, unser klares Nein gegen das neue Polizeiaufgabengesetz. Wir wollen nicht, dass die Polizei mit zu weitgehenden Befugnissen ausgestattet wird und die Rechte der Bürger und Bürgerinnen in den Hintergrund gerängt werden. Deshalb kämpfen wir als SPD im Bayerischen Landtag mit allen rechts-

staatlichen Mitteln gegen das PAG. Ja, wir wollen einen starken und handlungsfähigen Staat mit einer guten Polizei, die ausreichend Personal hat. Aber wir wollen keinen Überwachungsstaat Bayern. Ebenso wie über 30.000 Bürgerinnen und Bürger, die gegen das Gesetz auf die Straße gegangen sind. Diese Menschen sehen ihre Freiheit bedroht.



## VEREINSPAUSCHALE STEIGT AUSNAHMSWEISE AUF 29 CENT – SPD UND VEREINE FORDERN 30 CENT



*Der Austausch mit Vereinen und Verantwortlichen ist mir wichtig - hier mit dem TV Ochsenfurt und der Stadt Ochsenfurt im Frühjahr 2015.*

Die Vereinspauschale steigt endlich auf 29 Cent. Damit erhalten die Sportvereine in den Landkreisen Würzburg und Kitzingen dieses Jahr über die Vereinspauschale eine Förderung aus dem Haushalt des Freistaates von rund 434.000 Euro. Mit der Pauschale fördert die Staatsregierung die ehrenamtliche Arbeit, die täglich in den Vereinen geleistet wird – allerdings gilt die Steigerung nur ausnahmsweise.

Berechnungsgrundlage für die Förderung ist die Anzahl der Vereinsmitglieder. Kinder, Jugendliche und jungen Erwachsenen werden dabei zehnfach gewichtet. In den Vorjahren lag die Pauschale nur bei 27,8 Cent – für mich ganz klar viel zu wenig. Was Vereine und Ehrenamtliche vor Ort leisten, ist zwar mit Geld kaum aufzuwiegen. Sie sorgen dafür, dass Erwachsene und ganz besonders Kinder fit bleiben und weniger krank werden. Au-

ßerdem schaffen sie mehr Miteinander und leisten Integrationsarbeit. Hierfür sind Vereine häufig auf diese finanzielle Unterstützung angewiesen. Ich fordere deshalb, außerhalb von Wahljahren den Breitensport besser zu fördern. Alle fünf Jahre ein Sprung nach vorne, das ist zu wenig und wird der Leistung aller Beteiligten nicht gerecht.

Es ist zwar schön für die Vereine, dass traditionell Jahre mit Landtagswahlen gut für den Sport sind. Vor dem Hintergrund steigender Kosten sind aber auch 29 Cent bei weitem nicht ausreichend. Nicht umsonst fordern die Sportverbände seit Jahren eine dauerhafte Anhebung der Förderung auf 30 Cent pro Mitgliedereinheit. Alle entsprechenden Anträge der SPD-Fraktion im Landtag wurden jedoch von der Mehrheitsfraktion bisher stets abgelehnt.

## ZU GAST BEI MIR IN MÜNCHEN

Mehrere an der politischen Arbeit interessierte Bürgergruppen aus dem Landkreis Würzburg sowie Mitglieder und Freunde von Selbsthilfegruppen aus dem Landkreis Kitzingen waren im Mai und Juli wieder bei mir im Landtag in München zu Gast. Am meisten gefallen mir immer die Diskussion im Plenarsaal zu aktuellen Fragen: Da geht es beispielsweise um den Unionsstreit, Transitzentren, Dieselskandal, Wohnungspolitik, Verkauf der GBW-Wohnungen, Breitbandausbau und vieles mehr. So, im direkten Gespräch, kann

man Politik am besten vermitteln. Ich hatte den Eindruck, das ging nicht nur mir so. Gerne zitiere ich hier aus der E-Mail eines teilnehmenden Ehepaares: „Wir möchten uns auf diesem Wege für diesen sehr gut organisierten und informativen Tag bei Ihnen bedanken. Auch von Ihnen als Politiker waren wir sehr angetan! Vielen Dank nochmals für die interessante Fahrt.“



*Große Besuchergruppe aus Mainfranken im Juli bei mir im Landtag. Am meisten macht mit immer die Diskussion im Plenarsaal zu aktuellen Fragen Spaß.*



*Mitglieder und Freunde von Selbsthilfegruppen aus dem Landkreis Kitzingen waren im Mai zu Besuch im Landtag.*



*Ebenfalls im Mai im Landtag zu Gast gewesen: Interessierte Bürger aus dem Landkreis Würzburg.*

## MIT DER FRAKTION IN PRAG

Im Mai war ich als Mitglieder der Delegation der SPD-Landtagsfraktion zu politischen Gesprächen in Prag. Nach Besuch der Thomas-Mann-Schule und einer europapolitischen Diskussion mit Präsidentenberater Rudolf Jindrak auf „der Burg“, besuchten wir das Parlament und führten ein gutes Gespräch mit dem neuen Vorsitzenden der tschechischen Sozialdemokraten Jan Hamacek. Zum Abschluss kamen wir zum fachlicher Austausch zur bayerisch-tschechischen Zusammenarbeit mit der tschechischen Ministerin für Regionalentwicklung Klara Dostálová zusammen. Vom Balkon des Ministeriums hat man einen wunderbaren (Abschieds-)Blick auf den Altstädter Ring.



## GESPRÄCH DES SUDETENDEUTSCHEN RATES



Der Austausch mit dem Sudetendeutschen Rat ist mir persönlich wie auch als vertriebenenpolitischen Sprecher der SPD-Landtagsfraktion ein besonderes Anliegen. Vertriebenenverbände sind Brückenbauer in den bayerisch-tschechischen Verhältnissen. Im Juni besuchte ich daher das Marienbader Gespräch des Sudetendeutschen Rates mit der tschechischen Generalkonsulin in Bayern, Kristina Larischova. Generalsekretärin Christa Naaß hob die Bedeutung des Sudetendeutschen Rates im Verhältnis Deutschlands und Tschechiens hervor. Diese habe nach ihren Ausführungen in den letzten Jahren wieder zugenommen. So veranstaltete der Rat erst vor wenigen Wochen den ersten Parlamentarischen Abend in der Bayerischen Vertretung in Berlin. Das Tauwetter in den Beziehungen zwischen Tschechien und Bayern leitete der Sudetendeutsche Rat mit ein.

## KERSTIN WESTPHAL NOMINIERT

Kerstin Westphal ist die starke Stimme Frankens im Europäischen Parlament. Als Berichterstatterin für die Regionalförderung sorgt sie dafür, dass Regionen und Gemeinden in Unterfranken von Europa profitieren können. Deswegen kämpft die UnterfrankenSPD dafür, dass sie ihre Arbeit nach der Europawahl im Mai 2019 fortsetzen kann. Auf dem Unterfranken-Parteitag in Schweinfurt haben wir sie mit einem hervorragenden Ergebnis von 96 Prozent für die nächstjährige Europawahl nominiert. Daneben gab es auch klare Worte von Kerstin Westphal und Udo Bullmann zu Seehofer und Söder, ganz Europa in Haftung genommen zu haben für Ihre Machtspielchen aus Angst vor Verlust der Mehrheit in Bayern.



*Franken und Europa geht nur Hand in Hand - zusammen mit unserer Europaabgeordneten Kerstin Westphal und dem Vorsitzenden der sozialdemokratischen Fraktion im Europaparlament, Udo Bullmann.*

## VERFASSUNGSMEDAILLE IN SILBER FÜR PAT CHRIST

Pat Christ, unabhängige Journalistin aus Würzburg mit kritischem Blick für die sozialen Themen und Zustände unserer Gesellschaft, wurde im Juli im Landtag mit der bayerischen Verfassungsmedaille in Silber ausgezeichnet. Herzlichen Glückwunsch und herzlichen Dank für unbestechliche Berichterstattung.



## OCHSENFURTER GROßPROJEKT

Einen unvergesslichen Abend erlebte ich in Ochsenfurt bei der sensationellen Aufführung von Carl Orffs „Carmina Burana“ in Ochsenfurt. Mein Dank für dieses Ereignis geht an alle Beteiligten: die Chöre aus dem Maindreieck, die Chorklassen der Realschule Ochsenfurt, die Kammerphilharmonie Petersburg, die Solisten, die musikalische Leitung von Wolfgang Kurz und natürlich an die Initiatorin Renate Lindner.



## EINE UNGEWÖHNLICHE BEGEGNUNG ZU BESONDEREM ANLASS

Anlässlich der Verleihung des Europäischen Karlspreis der Sudetendeutschen Landsmannschaft hatte ich in Augsburg die Gelegenheit, dem Wiener Erzbischof Kardinal Christoph Schönborn zur hohen Auszeichnung für „Verdienste um eine gerechte Völkerordnung in Mitteleuropa“ zu gratulieren. Er hat sich nachdrücklich für die europäische Einigung und für die Völkerverständigung eingesetzt. Stets hat er die Vertreibung klar verurteilt, aber immer für die Aussöhnung mit Tschechien gearbeitet. Als kleines Andenken überreichte ich ihm die aktuelle Ausgabe des Parlamentsbriefes der SPD-Landtagsfraktion zum Sudetendeutschen Tag. Dabei ergab sich ein kleines Gespräch über die mainfränkischen Wurzeln seiner Familie. Der Kardinal, seit 20 Jahren Vorsitzender der österreichischen Bischofskonferenz, erinnerte an den Stammsitz seiner Familie im unterfrän-

kischen Wiesentheid. Dort regierten die Schönborns seit 1700 in reichsunmittelbarer Herrschaft. Zugleich mit Wiesentheid waren verschiedene Herrschaften in den Familienbesitz gelangt: durch Erbschaft in der Steiermark und Kärnten, bald darauf durch Kauf in Niederösterreich, später in Ungarn und gegen Ende des 18. Jahrhunderts in Böhmen. Von dort wurde Christoph Schönborn 1945 mit der Mutter und zwei Brüdern aus Nordböhmen nach Österreich vertrieben. Am Ende erwähnte der Würdenträger auch Friedrich Karl von Schönborn (1674-1746), den Erbauer der Würzburger Residenz. „Das war schon etwas großwahn-sinnig – oder?“ fragte der 73-Jährige verschmitzt. Ich versicherte ihm, dass nichtsdestotrotz die Region Mainfranken heute froh ist über die Residenz, Unesco-Weltkulturerbe und hochkarätiger touristischer Anziehungspunkt.



*Bei der Verleihung des Europäischen Karlspreises an Kardinal Schönborn.*



## GEORG LERMANN FEIERTE 80. GEBURTSTAG – WIR GRATULIEREN



Am 23. April feierte Georg Lermann, ehemaliger stellvertretender Bürgermeister in Thüngersheim, 80. Geburtstag. Zahlreiche SPD-Parteigenossen gratulierten dem gebürtigen Thüngersheimer zu seinem Festtag – und gleichzeitig ihm und seiner Gattin Marianne zum 52. Hochzeitstag.

Begonnen hatte der Jubilar seine politische Karriere als Vorsitzender der Jusos im Landkreis Würzburg und Weggefährte des ehemaligen Bundestagsabgeordneten Walter Kolbow. In seinem Heimatort war Lermann für die SPD 30 Jahre lang im Gemeinderat, davon 24 Jahre als Stellvertreter des Bürgermeisters. Wegen seiner Verdienste wurde er bereits 2004 zum SPD-Ehrenvorsitzenden ernannt.

Auch im Ruhestand blieb Lermann politisch aktiv. Zehn Jahre lang war er Vorsitzender der Arbeitsgemeinschaft „60plus“ der SPD im Landkreis Würzburg. In dieser Zeit gelang es ihm, seine AG zu einer der aktivsten Gruppen im Bezirk Unterfranken zu machen. Mehr als verdient hat Lermann daher, dass die SPD ihm für sein außergewöhnliches Engagement im Jahr 2008 – zum

70. Geburtstag – die Willy-Brandt-Medaille verlieh, die höchste Auszeichnung der SPD.

Nach wie vor ist Georg Lermann in Thüngersheim sehr beliebt. Was auch daran liegt, dass sich der Jubilar viele Jahre lang in zahlreichen weiteren Vereinen engagierte. So wurde er Ehrenmitglied im Radsportverein und Ehrenvorsitzender im Obst- und Gartenbauverein. Der Kreisverband für Gartenbau- und Landespflege verlieh ihm 2007 die Ehrenplakette des Bezirksverbandes Unterfranken, beim Fremdenverkehrsverein ist er Gründungsmitglied, beim Turn- und Sportverein Träger der Vereinsnadel in Gold. Auch bei Wasserwacht und Feuerwehr erhielt der Vater und Großvater in einem halben Jahrhundert Mitgliedschaftsverschiedenste Auszeichnungen. Besonders sympathisch, ist, dass Lermann, bei allem politischen Engagement immer auch verstanden hat, das Leben zu genießen – beispielsweise bei einer Flasche Wein mit seiner Frau in seinem Häuschen am Ortsrand der Weinbaugemeinde. Noch immer schauen Gäste gerne auf einen Plausch bei dem rüstigen Ehepaar herein.

## HINTERGRUND ZUR GBW

Die Gemeinnützige Bayerische Wohnungsbaugesellschaft (kurz: GBW) hält insgesamt 5.845 Wohnungen in Unterfranken. 207 davon befinden sich im Landkreis Würzburg in Ochsenfurt und Veitshöchheim. Im Landkreis Kitzingen gibt es 633 Wohnungen, in Kitzingen verteilt und Volkach.

Im Oktober 2012 sollte der Verkauf der GBW von der BayernLB gestartet werden. Zur Konsolidisierung wollte man den 92-prozentigen Anteil der maroden Bank an der GBW veräußern. Nach einem halben Jahr Verhandlungsprozessen erhielt ein von der PATRIZIA Alternative Investments GmbH geführtes Investorenkonsortium den Zuschlag. Die Folgen

für Mieterinnen und Mieter waren dramatische Mietsteigerungen und das Ende der gemeinnützigen Ausrichtung der Wohnungsgesellschaft. Die SPD schlug bereits zu Beginn des Kaufprozesses vor, dass der Freistaat die GBW kaufen soll und damit die Grundlage für eine staatliche Wohnungsbaugesellschaft schafft. Der damalige Finanzminister und heutige Ministerpräsident Dr. Markus Söder behauptete allerdings, die Europäische Union verbiete diesen Kauf.

Das war schlichtweg unwahr. Das belegte jetzt der vom Landtag eingesetzte Untersuchungsausschuss. Das folgende Interview macht die Fakten deutlich.

## INTERVIEW ZU DEN ERGEBNISSEN DES GBW-UNTERSUCHUNGS-AUSSCHUSS

Herr Halbleib, was ist für Sie das wichtigste Ergebnis des GBW-Untersuchungsausschusses?

Halbleib: Es hat sich bestätigt, dass Markus Söder 2012 die Öffentlichkeit wissentlich mit der Unwahrheit bedient hat, als er behauptete, die EU-Kommission verbiete dem Freistaat den Kauf der GBW-Anteile der Landesbank. Der Rechtsberater der Staatsregierung selbst, ein ausgewiesener Experte im EU-Beihilferecht, hatte damals Wege aufgezeigt, wie ein Kauf doch möglich zu machen gewesen wäre und hat dies im Untersuchungsausschuss ausdrücklich bestätigt.

Warum ist man dem nicht gefolgt?

Halbleib: Es gab weder den Willen, noch

irgendwelche Anstrengungen von Söder oder Seehofer, gegenüber der EU deutlich zu machen, dass man aus Gründen des Mieterschutzes die GBW-Wohnungen in die Hand des Freistaats übernehmen wolle. Söder und Seehofer haben zwar erklärt, in diesem Sinne alles Menschenmögliche unternommen zu haben - auf meine Nachfrage nach konkreten Initiativen kam dann aber nichts. Das so zu erleben, war schon erschütternd.

Wäre so ein Auftritt in Brüssel überhaupt zielführend gewesen? Die EU-Kommission hatte nie ein echtes Interesse am Erhalt der Landesbanken.

Halbleib: Wenn der Freistaat seinen politischen Willen zur Übernahme der

Wohnungen erst gar nicht erklärt, dann macht die EU von sich aus natürlich keine Zugeständnisse. In allen Unterlagen seit 2007 ist erkennbar, dass der Freistaat die GBW-Anteile nicht übernehmen wollte. Die Finanzminister sind, kurz gesagt, von den eigenen Beamten immer davor gewarnt worden, sich die Wohnungen ans Bein zu binden.

Söder und Seehofer haben wegen der strengen EU-Auflagen von einem „faktischen Kaufverbot“ gesprochen, die Rettung der Landesbank sei oberste Priorität gewesen. Ist das mit Blick auf die damalige Wirtschafts- und Bankenkrise nicht nachvollziehbar?

Halbleib: Die GBW stand damals für 0,5 Prozent des Bilanzvolumens der Landesbank. Das war aufs Ganze gesehen ein völlig unmaßgeblicher Faktor. Und noch einmal: Der Rechtsberater der Staatsregierung hat den Kauf durch den Freistaat für möglich gehalten. Aus meiner Sicht gab es auf der Grundlage dieser Aussage weder ein echtes noch ein faktisches Kaufverbot.

Ging aber aus Schreiben der EU nicht klar hervor, dass dem Kauf durch den Freistaat ein weiteres Beihilfeverfahren mit ungewissem Ausgang für den Fortbestand der Landesbank gefolgt wäre? Ist der Schutz von 80.000 Mieter für Sie wichtiger als das Wohl des ganzen Landes?

Halbleib: Es ist eine nicht haltbare Behauptung, dass die Rettung der Landesbank nur dadurch zu schaffen war, dass man ihre GBW-Anteile und damit die Wohnungen auf den freien Markt geworfen hat. Für ein solches Szenario gibt es keinen einzigen Hinweis. Das ist eine Schutzbehauptung Söders, weil er seine Aussage, die EU habe den Kauf durch den Freistaat verboten, durch nichts hat belegen können. Die Alternative, entweder Totalkatastrophe durch ein Scheitern der Landesbank-Rettung oder Erhalt der Wohnungen mit optimalem Miederschutz in öffentlicher Hand, stand nie zur Debatte.

(die Fragen stellte: Jürgen Umlauf)



Zusammen mit Inge Aures habe ich für die SPD-Fraktion im GBW-Untersuchungsausschuss vertreten.

## TERMINHINWEISE

24.08.2018, 14:30 Uhr, SPD-Geschäftsstelle Würzburg  
**SPD-Zwiebelkirchweih mit Georg Rosenthal und Volkmar Halbleib**

27.08.2018, ganztätig, Landkreis Kitzingen und Würzburg  
**Rote Radler mit SPD-Landtagsfraktionsvorsitzenden Markus Rinderspacher**  
näheres auf [volkmar-halbleib.de](http://volkmar-halbleib.de)

31.08.2018  
**Veranstaltung zur Patientenverfügung mit Peter Paul Ganzter**

20.09.2018  
**Seniorenpolitische Veranstaltung mit Franz Müntefering**

02.10.2018, 10-14:00 Uhr  
**Wohnungspolitische Tour im Landkreis Würzburg mit Florian Pronold**

14.10.2018, 08:00 - 18:00 Uhr, Wahllokal in ihrer Nähe  
**Landtags- und Bezirkstagswahl 2018**

## MEIN BÜRGERBÜRO

Mein Bürgerbüro befindet sich im Hannsheinz-Bauer-Haus. Der Eingang ist im Innenhof.

Die Postanschrift lautet:

**SPD-Bürgerbüro Würzburg**  
**Semmelstraße 46R**  
**97070 Würzburg**

Das Büro ist von Mo.-Fr- von 10 bis 16 Uhr besetzt.

**Telefon:** 0931-59384

**Fax:** 0931-53030

**E-Mail:** [volkmar.halbleib@bayernspd-landtag.de](mailto:volkmar.halbleib@bayernspd-landtag.de)

## HALBLEIB ONLINE

Mehr Informationen finden Sie auf:  
**[www.volkmar-halbleib.de](http://www.volkmar-halbleib.de)**

Folgen Sie mir auf meinen  
social media-Kanälen:



**@HalbleibVolkmar**



**volkmar.halbleib**

### IMPRESSUM

Text und Redaktion: Traudl Baumeister  
Layout: Thorsten Reppert